

Bürgerbeteiligung . Beteiligen Sie sich ! BürgerInnen, Politik und Verwaltung an einem Tisch

Dokumentation der Open Space - Konferenz
am 29. Oktober 2011
im Bürgerhaus am Schlaatz

www.buergerbeteiligung-potsdam.de

Impressum

Herausgegeben von der Koordinierungsgruppe Bürgerbeteiligung in Potsdam

(Abschrift der handschriftlichen Protokolle der AG 1 - 23, ohne Flipchart -Bilder, A. Popp)

AG 1 : Will die Verwaltung wirklich Bürgerbeteiligung ?

Ergebnisse / Vorschläge / Empfehlungen / Vereinbarungen

Einberufer: J. Böttger, **Teilnehmer:** Krop, Altmann, Berlin, Schubert, Scharfenberg, Pigorsch, Boede, Sommer, Roth, Dr. Popp, Dr. Herze, Bettin, Kolesnyk, Wegner, Kirchner, Borchert

- 16 Akteure - Bürger, Mitarbeiter der Verwaltung, Vertreter der SVV

- Eingangsstatement J. Böttcher : - Bürger brauchen Gewissheit, dass ihre Vorschläge von Politik u. Verwaltung angenommen werden, - ansonsten engagieren sich die Bürger nicht mehr, - in der Verwaltung gibt es Mitarbeiter, die sich engagieren, aber insgesamt : Bürgerbeteiligung ist von der Verwaltung in der Mehrheit nicht gewollt. Gründe : 1. Bürgerbeteilig. = Einmischung, Meinungsäuß. kann als Ausdruck von Partikularinteressen interpretiert werden, 2. Bürgerbeteiligung kostet Geld - das erzeugt Abwehr, aber : nicht alle Bürgervorschläge kosten nichts (etwas), 3. Bürgerbeteiligung bedeutet Mehrarbeit für die Verwaltung, z.B. Beantwortung aller Vorschläge zum Bürgerhaushalt.

Berlin : Aktivierung von Bürgerbeteiligung

Kirchner : Bitte um konkrete Hinweise zu Hindern. für Bürgerbeteiligung

Scharfenberg : - best. Abschottung zwischen Verwaltung und Stadtverordnetenversammlung, Bürgerbeteiligung z.B. im Planungsbereich fest vorgeschrieben, aber man kann mehr machen, z.B. Bürgerversammlungen in den Planungsgebieten, - im schriftl. Konzept gibt es Vorschläge, über die man diskutieren kann, z.B. Büro für Bürgerbeteiligung, online - Portal, Veranstaltungen vor Ort, Bürgerbefragungen, gerade zum letztgenannten ist nichts passiert.

Roth : Bürgerbet. kann nur eine Ergänzung zu den best. Formen der repräse. Demokratie erfolgen (sein)

Kolesnyk : SVV als Teil der kommunal. Selbstverwaltung, Beteiligung muss strukturiert vorbereitet werden, damit sinnvolle Entsch. getroffen werden.

Pigorsch : Hemmnisse für Bürgerbeteiligung sind wirtschaftl. Interessen von Investoren, akt. Probleme der Stadt sind vor allem mit Planungsprojekten / Bauvorhaben verbunden. An welcher Stelle müssen / können die Bürger beteiligt werden. Bei vielen Projekten sind offenbar alle Entscheidungen schon getroffen, spart ggf. auch Geld, weil teure Konzepte gespart werden können.

Altmann : Verkehrstisch bezieht aktiv Bürger ein.

Krop : Art der Bürgerbeteiligung ist in den unterschiedl. Bereichen sehr unterschiedlich, Bürgerbeteiligung muss strukturiert werden.

Roth : Seit Vorstellung d. Konzepts Bürgerkommune ist außer dem Bürgerhaushalt nicht viel passiert - man erzeugt Frust, wenn nichts passiert.

Dr. Popp : die gewählten Vertreter sind Dienstleister des Bürgers, Stadt ist sozialer Organismus, der alle Interessen bündelt - Wie weit sind die Bürger von sich aus aktiv ? Beteiligung ist zu wenig, Transparenz ist nötig - auch in Finanzfragen - Einnahme u. Ausgabeseite.

Schubert : Stadt ist Ansammlung von Partikularinteressen - wichtig ist der Interessenausgl.

Pigorsch : in der Verwaltung gibt es viele Bereiche, die Beteiligung gut begleiten - Befragung des StJR zur Beteilig. von Kindern und Jugendl., die Verwaltung braucht ein Konzept und ein Verfahren zur Bürgerbeteiligung - verbunden mit Anerkennungskultur, - Seniorenbeirat braucht Büro für Bürgerteil. als Ansprechpartner ?

Boede : in Planungsprozessen ist Bürgerbeteiligung vorgeschrieben, letzte Umfrage (Landtagsneubau) war manipulativ, Bürgerbeteilig. muss verbindlich fest geschrieben werden.

Berlin : bei Großprojekten, wie z.B. dem Landtagsneubau, muss es direkte Bürgerbeteiligung geben.

Schubert : viele Mögl. der Bürgerbeteiligung gibt es schon ganz lange, z.B. Einwohnerantrag - Bürger könnten dies aktiver nutzen, wir können zusätzl. Regeln in die Hauptsatzung nehmen, um Verfahren zu vereinfachen.

Herzel : per se ist Bürgerbet. von der Verwalt. wirklich gewünscht, aber : welche Möglichkeiten hat der Bürger, um sich rechtzeitig zu beteiligen, Procedere schreckt Bürger oft ab, wenn Anliegen des Bürgers nicht umgesetzt werden können, muss es plausibel begründet werden, das gilt auch für den Haushalt, - in der SVV gibt es oft nicht Streit in der Sache, sondern Profilierung.

Böttger : 1. Wunsch nach Beschluss der SVV zur Gründung eines Bürgerbeteil. Komitees, 2. Schaffung eines Bürgerbeteil. Büros, das mit Seniorenbeirat zusammen arbeitet.

Berlin : B.f.B. ist notwendig, um Bürgerbeteil. zu organ., 2 X im Jahr Bürgervers., innerhalb derer auch BürgerHH besprochen werden, Befragungen dürfen nicht als Placebo für die Absegnung schon beschlossener Projekte mißbraucht werden.

Altman : Verwalt. erhält den Auftrag von der SVV, die die Wünsche der Bürger kanalisiert.

Kolesnyk : B.f.B. soll Bürgerb. organisieren und anderen Bereichen Arbeit abnehmen, BfB soll Schnittstelle, Infopunkt sein, - wichtig ist der gemeinsame Wille etwas zu bewegen.

Scharfenberg : - Eindruck, dass Verwaltung zu wenig Vertrauen in die Bürger hat, Verwaltung soll Kompetenz der Bürger aktiv einfordern.

Böttger : Entsch. braucht Sachkompetenz, Teile der Verwaltung sprechen Bürgern diese Kompetenz ab.

AG 2 : Recht auf Stadt - Teil 1

Ergebnisse / Vorschläge / Empfehlungen / Vereinbarungen

Einberufer : M. Lack

- Grundannahme : - Segregation - Gentrifizierung ist in Potsdam vollzogen und schreitet weiter vor, - die Privatisierung von Allgemeingütern (Verkauf von städtischem Besitz) muss aufgehoben werden, Thesen : - öffentliche Räume für alle " Schichten " , - Ist die Stadt sich klar, wohin die Reise gehen soll ? Was ist die Idee von Stadt ? Z.B. Ich verkaufe alle Flächen als Stadt, aber was ist in 50 Jahren ? Kurzsichtiger Verwaltungsblick.

Wo wollen wir 2040 sein ? Wie ist meine Idee von Stadt ? → Zukunftswerkstatt, 1. Forderung auf der Bundesebene : 2. Kommunale Forderung Frage → Wie kann sowas in Aktion aussehen ?

Segregation
Gentrifizierung

öffentliche Räume

Forderung
Recht auf Wohnen

Für jeden unabhängig der sozialen
politischen, ethnischen Herkunft

Kommunale, gemeinnützige Verantwortung-
Gegenüber ihrer Wohnung

öffentliche Daseinsvorsorge

Wohnen

Aktionen, Ideen : → Punktesystem für Vergabe von Stadteigentum

→ Bewusstseinsbildung für das Recht auf Stadt, Recht auf Gemeinschaft

Idee → Zukunftswerkstätten → Bürgerhäuser

→ Frage : Wie können Individualisierungsprozesse der Abschottung + Ausgrenzung aufgebrochen werden ?

AG 3 : Bürgerhaushalt 2012

Ergebnisse / Vorschläge / Empfehlungen / Vereinbarungen

Einberufer : H. Roddewig; **Teilnehmer** : F. Daenzer, K.-U. Kärsten, C. Schirrholtz, M. Herms

1. - konkrete Vorschläge aus dem Verfahren BüHH 2012 werden diskutiert, - könnte auch während der Abstimmungsrunden konkretisiert werden (aus Sicht der Bürger) II moderierter Kommentar II
- Diskussionsrunden zu den konkreten Vorschlägen organisieren (mit Einreichern / Verwaltung / Politik) = WANN im Prozess ? → sachorientierte Diskussion hinsichtlich praktischer Umsetzung des Vorschlags.
2. - Bürgerhaushalt als Budget - Verfahren (auch ?)
→ Diskussion zum Gesamthaushalt, aber 1 % der freiwilligen Leistungen (damit konkrete Anliegen realisiert werden können)
→ muss alles aus dem Stadthaushalt bezahlt werden ? (bei Ortsteilen / Stadtteilen auch GeWoBa usw. = Bürgerinitiative)
- reicht Beteiligung von 7500 Bürgern aus
==> 1. Sachorientierte Diskussion verbessern
==> 2. Realisierung mittels Budget / Alternativen

AG 4 : Unabhängiges (?) Büro zur Bürgerbeteiligung

Ergebnisse / Vorschläge / Empfehlungen / Vereinbarungen

Einberufer : T. Hintze; **Teilnehmer** : S. Schulz, Dr. U. Löbel, M. Neels, U. Rühling, C. Freytag, jemand v. den Grünen, Dr. Scharfenberg

- Stadtverordneten - Beschluss als Grundlage
 - Idee Bürgerbüro beim OB
 - das ist problematisch, weil so keine Unabhängigkeit möglich ist
 - Konzept zur Bürgerbeteiligung Medienlabor Potsdam
- Idee unabhängiges Bürgerbüro :
 - Ansiedlung innerhalb der Verwaltung, aber nicht unbedingt dort verortet
 - Ziele :
 - . Transparent, öffentlich
 - . Dienstleister am Bürger → Bereitstellung von Infos; Projektfonds
Hilfe + Unterstützung im Beteiligungsprozess
 - . Pool von MediatorInnen / ModeratorInnen für Bürgeranliegen
 - . Entwicklung + Schaffung von Quartiersmanagement
 - Bürger engagieren sich im eigenen Umfeld
 - Motor für Bürgerbeteiligung in den Stadtteilen
 - das Bürgerbüro soll Teil der Stadtverwaltung sein, aber nach Möglichkeit an einem Ort etabliert werden, an dem Bürger sich gern aufhalten.

AG 5 : Beteiligung von Jugendlichen und Menschen mit Migrationshintergrund oder Behinderung

Ergebnisse / Vorschläge / Empfehlungen / Vereinbarungen

Einberufer : ? **Teilnehmer** : Dr. U. Löbel, D. Kolesnyk, S. Schulz, K. Wilczynski

- Thema konnte nur angesprochen werden, da Fachleute fehlten. Um Lösungen zu finden, müssen aber die entsprechenden Menschen an einen Tisch.
Es kamen jedoch Fragen auf : 1. Wie kann es gelingen MigrantInnen über den MigrantInnenbeirat hinaus zu beteiligen ? Wichtig ist vor allem MigrantInnen zu erreichen, die keinen Anschluss an Organisationen haben. 2. Zugang ist durch fehlende Interkulturalität, fehlendes Einfühlungsvermögen erschwert. Was

machen ?

Werden Jugendl. bei Schulplanung einbezogen ? Wo werden Jugendliche bisher in Entscheidungsprozesse einbezogen ? (z.B. durch aktive Ansprache) Es wird in Zukunft mehr Jugendliche geben, die Angebote wahrnehmen. Sie werden auch in Gebieten leben, in denen bisher weniger Jugendliche lebten.

Wie sieht Jugendbeteiligung aus ? Was wird getan ?

Wird die Angebotsplanung im Bereich Jugendclubs weiterentwickelt ?

Stadtteilräte von Jugendlichen ? -> wo gibt es sie, wo nicht ?

Jugendliche brauchen mehr Kontrollfreiheit (neben Jugendclubs etc.)

AG 6 : Was ist Bürgerbeteiligung

Ergebnisse / Vorschläge / Empfehlungen / Vereinbarungen

Einberufer : J. Krüger; Teilnehmer :

Die Potsdamer wollen bei Planungen einbezogen werden !

- Bürgerbeteiligung ist zweischneidig - viele sind zufrieden, wenige protestieren,
- Allumfassende Information ist die Grundlage !
Bürger müssen sich selbst informieren wollen !
Bürgern muss auch die Information zugänglich sein ! -> Informationen (alle relevanten) müssen barrierefrei zugänglich sein !
- Stadt soll Planungen der Verwaltung stadtteilbezogen früh veröffentlichen
- Politiker sollen Meinung der Bürger vertreten -> sind gewählt
 - Bürger fühlen sich nicht mehr vertreten
 - Politik und Bürger sollen direkt ins Gespräch kommen -> Kommunikationsangebote zur Verfügung stellen !
- Jedes Problem sollte dort behandelt werden, wo es entstanden ist - Ebenenbezogene Problemlösung !
- Bürgerinitiativen verfolgen ein Ziel, - Derzeit gibt es ein falsches Bild von BI in der Öffentlichkeit
- Bürgerinitiativen sind wichtig ! Sie tragen Informationen und Probleme von unten nach oben !
-> Informations - und Impulsgeber an Politik und Verwaltung
- Beteiligung entsteht durch Partikularinteresse !
- Verwaltung kann nicht alle Interessen erfassen !
- Instrumente und Kompetenzen müssen zur Verfügung stehen !
- Stadtteilkonferenzen durchführen in Zusammenarbeit mit Bürgern vor Ort
- Jeder muss sein Partikularinteresse vertreten können, darf aber andere Interessen nicht verdrängen
-> Politik hat die Aufgabe Interessen abzuwägen und Entscheidungen zu treffen

Was braucht P. für eine gute BB ?

- Bürgerbüro - Büro für Bürgerbeteiligung in jedem Stadtteil - dezentral
- Kooperative Strukturen zwischen Bürgerinitiative und Verwaltung
- Bittschriftenlinde <- Maerker (Internet) und in den Stadtteilen
- Treffpunkt Rathaus (Info - Report online und Papierform)
- Angebote der Kommunikation in den 6 Sozialräumen der Stadt schaffen vor Ort (Gesprächsrunde, Stadtteilspaziergänge 1 X im Jahr)
- Infostände vor Ort bspw. durch Stadteillotsen
- Ein Bürgerbüro kann nicht alle Probleme und Zuständigkeiten bearbeiten, sondern diese nur als Verbindungsbüro weiterleiten
- Die Bearbeitung von Bürgeranliegen muss verbindlich für die Bürger und die Verwaltung sein
- Bürger sind frühzeitig, offen, auf gleicher Augenhöhe in Planungen einzubeziehen

Wege BB verbindlich zu machen ?

- Kooperationsvereinbarungen
- verbindlicher Beschluss der Stadtverordnetenversammlung, der die Verwaltung bindet das Konzept umzusetzen
- SVV muss ihre Entscheidungen vor Bürgern verteidigen und begründen
- Bürgerbeteiligung sollte für Verwaltung selbstverständlich sein

- Verwaltung sollte prüfen, ist sie für funktionsfähige Bürgerbeteiligung richtig strukturiert
- Verwaltung sollte ihre Position den Bürgern erklären
- Verwaltungsstrukturen sind zu prüfen
- Verwaltung muss Kompetenzen der Bürgerinitiativen nutzen
- Verwaltung muss akzeptieren, dass Bürger / Bürgerinitiativen lernen müssen ← Informationen müssen durch Verwaltung bereitgestellt werden
- Bürger müssen konkrete Ansprechpartner haben
- Verwaltungsmitarbeiter müssen Kompetenzen besitzen, ggf. geschult werden
- Kommunikation muss gelassener stattfinden
- Gegenseitiger Respekt von Bürgern, Verwaltung, Politik
- Vorurteilsfreie Zusammenarbeit

Wozu Bürgerbeteiligung ?

- Bürgerbeteiligung kostet mehr Zeit, minimiert jedoch Kosten
- Projekte werden durch frühzeitige Beteiligung legitimiert
- Verständnis und Akzeptanz wird aufgebaut
- stärkt Identifikation
- Bürgerbeteiligung führt zur Akzeptanz und Einbindung anderer Meinungen
- Aufklärung der Bürger
- Meinungsbildung - Einholen von Meinungen

AG 7 : Offenheit und Klarheit der Verwaltung

Ergebnisse / Vorschläge / Empfehlungen / Vereinbarungen

Einberufer : P. Schröter; **Teilnehmer** : K. Bettin, J. Hanisch

- Projekte werden als beschlossen dargestellt, sollen für die Bürger transparent und diskutierbar sein,
 - mehr Informationen (rechtzeitig) an die Bürger zu durchzuführenden Projekten
 - Projektvorschläge in die Stadtteile geben und Rücklaufideen in die Projektumsetzung einbeziehen, bevor diese in die Ausschüsse gehen,
 - bei Großprojekten in Wohngebieten - Bürgerbefragungen in den Wohngebieten durchführen
 - lösungsorientierte Vorschläge seitens der Verwaltung
 - keine Totschlagargumente für das unbedingte Durchsetzen von Projekten durch die Verwaltung
- Die Bürger möchten, dass die Stadt eine Idee von Stadt entwickelt ! (z.B. Autostadt, Filmstadt, Sport ...)

AG 8 : Wie können möglichst viele Bürger aktiviert werden ?

Ergebnisse / Vorschläge / Empfehlungen / Vereinbarungen

Einberufer : B. Eifler **Teilnehmer** : Dr. N. Wiemann, K..Krause, F. Daenzer, S. Altmann, P. Borchardt, L. Boede

- besser : BREITE Beteiligung besser als " übliche Verdächtige " (Berücksichtigung auch von Minderheiten)
- ? - beginnt Bürgerbeteiligung erst, wenn Bürger direkt (negativ) betroffen sind, ==> ggf. (alle) vor Ort → WANN ist das so ?
- ge (...) Auslage von Fragebögen zur Stadtentwicklung → Meinung umfassend einholen
- Vereine / BI 's vs. Einzelbürger = Aktivierung neutral
- beteiligen sich mehr, wenn **Verbindlichkeit** größer (direkter Einfluss)
- **Politik / Freiwillige als Vermittler** (auch : verständlich)

- möglichst frühe Aktivierung <—> (vor der konkreten Planung)
Beteiligungsparadox
- Ist " Zoff " nötig, um " **Aufhänger** " zu finden über die eine Bürgeraktivierung zu erreichen
- Sind Diskussionsgrundlagen überhaupt vorhanden (**Bereitschaft**) ?
- " Visionsveranstaltungen " auch in den Stadtteilen (sehr gezielt) → viele offene Fragen stellen / sammeln, → jedoch muss konkretes Vorhaben dabei sein, dass mehr Bürger kommen / diskutieren
- **regelmäßige Stadtteilkonferenzen** als mögliche Diskussionsforen
- Partizipation muss Spaß machen = vor Ort **selbst aktiv werden** / erleben
→ **Handlungsorientiert !**
→ regelmäßig / kontinuierlich, **langer Atem von Freiwilligen**
- ohne Zeitdruck, möglichst verbindlich
- **Aktivierung von Innen** (im Stadtteil) wichtig
- **Vertrauen** schaffen (Aktivitäten in Stadtteilen können durch Stadtverwaltung gefördert werden.)
} Wie gestalte ich den Stadtteil konkret ?

AG 9 : Grundsätze der Bürgerbeteiligung und offene Daten **Grundlage der BB / Information / Bildung + maschinenlesbare Haushaltsdaten**

Ergebnisse / Vorschläge / Empfehlungen / Vereinbarungen

Einberufer : I. Hackmann + R. Wolff Teilnehmer :

- Informationsbeschaffungsmöglichkeiten für BürgerInnen, z.B. Haushalt verständlich und kleinkörnig darstellen, einerseits im Rohformat, andererseits aufbereitet (z.B. den Haushaltsentwurf)
→ bessere Nachvollziehbarkeit politischer Entscheidungen
→ Präsentation von Informationen durch Stadt nur unzureichend, schlechter Aufbau d. Homepage der Stadt
- leichte Verfügbarkeit von Stadtplanungs - und Stadtentwicklungsinformationen (virtuell, Informationsveranstaltungen, Beispiel : Hamburg)
- welche Instrumente sind vorhanden ?
- Barrierefreiheit für Informationsbeschaffung
- **Bringschuld** der Stadt, zentrale Datenaufbereitung
- nichtvirtuelle Medien mit Serviceteil für Informationsverbreitung, Einladungen zur Beteiligung
- Bildung durch Workshops
- Bürgerbeteiligung durch Vermittlung an Schulen → Einsatz von Multiplikatoren
→ dezentrale Anlaufstellen für Informationsbeschaffung, z.B. Bürgerbüros, Erreichbarkeit
→ Adressaten der Verbesserung für Informationsverbreitung
→ Grds. alle, aber Form der Ansprache anpassen
→ Stadtteilbüros, in welchen Informationen vermittelt werden durch Ehrenamtler, Verwaltung, Politik
→ Befähigung zur schnellen Informationsbeschaffung + -vermittlung
- Info - Hotline zu Informationsbeauftragten : weitreichend bewerben (Werbung)
- Info - Tafeln im öffentlichen Raum; ÖPNV
- Beteiligung ankurbeln
- frühzeitig z.B. schon vor / bei Ausschreibungen vertraglich vereinbaren, dass alle Daten von Verträgen öffentlich sind (berechnete Interessen ausschließen)
← Alle Informationen sind öffentlich → Verwaltung
→ kommunale Betriebe
→ Übernahme von Aufgaben der Stadt von Dritten

AG 10 : Demokratie anders - von unten, Zivilgesellschaft neu definieren

Ergebnisse / Vorschläge / Empfehlungen / Vereinbarungen

Einberufer : Dr. A. Popp **Teilnehmer :**

- > Gemeinsamkeit / Kooperation von kleinen, überschaubaren Gemeinschaften
- > Ziele & Wünsche entwickeln
- > Bewusstsein der Bürger entwickeln
- > mangelhafte Öffentlichkeit (" Gemauschel " der Stadtverwalt.)
- > Mindestmaß an Informationen
- > Demokratie erlernbar machen
- > mehr Bürgerentscheide, Hürden verringern
- > Verfahren vereinfachen -> Akzeptanzhöhung (Internet, Bürgerbüro, bessere Erreichbarkeit)
- > Gleichberechtigung leben

AG 11 : Transparenz aufgrund von Information - welche Informationen brauchen wir Bürger / strukturierte

Ergebnisse / Vorschläge / Empfehlungen / Vereinbarungen

Einberufer : A. Goebel, R. Wolff **Teilnehmer :**

Bereitstellung von Verwaltungsdaten und -informationen im zentralen elektr. Informationsregister

Welche Daten / Infos :

- Rohinformationen + Form von Aufbereitung -> Zeitpunkt und Art & Weise
Was heißt roh ?
- Welche Art von Daten
Welche Art von Informationen ?
- offene Daten - Maschinenlesbarkeit z.B. Haushaltsdaten oder Umweltdaten, statistische Daten
- möglichst alle Daten der Verwaltung im 1. Schritt darüber finden, was gewollt
- weitere Informationen der Stadt über Ziele, Projektinformationen -> frühzeitige Diskussionen anstoßen
- unterschiedliche Konzepte der Umsetzung, z.B. Open Data
- Popkultur von Beteiligung durch Stadt initiieren, aber wie ?
- proaktive Informationsbringschuld der Stadt -z.B. zentrale Aufbereitung der Anträge aufgrund IFG, UIG und Verbraucherschutzgesetz, inkl. Suchfunktionen
- > Alkis (?) der SVV - Online populärer und zugänglicher aufbereiten
- Es gibt viele Informationsangebote, sollten aktiver angeboten werden
- Verträge / städt. Verträge sollten öffentlich sein, inkl. Die der städt. Beteiligungen
-> rechtlich wohl nicht möglich ? -> zumindest Beschränkungen: schutzwürdige Daten, personenbezogene Daten, Prozessdaten ==> ansonsten könnte es z.B. in Ausschreibung reingeschrieben, als Voraussetzung werden -> dafür SVV - Beschluss nötig
- Verantwortlichkeit : Miteinander von Verwaltung und zivilgesellschaftlichen Akteuren, aber dennoch effiziente Verwaltung als Ziel -> Problem der ausgelasteten Verwaltung
- erstellen eines Informationsfreiheitskodex für Antworten der Verwaltungsmitarbeiter
-> z.B. in Abhängigkeit von Sachthemen

AG 12 : Machtabgabe von Politik und Verwaltung an BürgerInnen / Kompensation durch kooperativen Dialog

Ergebnisse / Vorschläge / Empfehlungen / Vereinbarungen

Einberufer : Teilnehmer :

BürgerInnen bekommen Macht und wollen mit Verwaltung + Politik kooperativ diskutieren, gemeinsames Einbinden.

→ Was ist, wenn Machtabgabe nicht gewollt ist ? Revolution o. Resignation

→ Was ist, wenn der Bürger das nicht will ? Macht ? Ist es eine Geste;

Menge, wo was abgegeben wird ?

Macht = Mitwirkungsrechte, Mitentscheidung

Nicht nur mitreden - mitmachen

Machtabgabe = Entscheidungskompetenzen delegieren

→ wenn ich Macht abgebe, wer nimmt die Verantwortung ?

→ die Bürgerkomitees entwickeln sich zu Machtfilialen, Schiedskommissionen gründen ?

Quartierbezogene Gremien

Frage : BI in Pdm. wollen machtvoll sein ; Stadt und Verwaltung müssen sich damit auseinander setzen

→ Wissen scheidweise

Was heißt AUGENHÖHE ?

- Aktive Info durch die Verwaltung kann nur fkt. wo es Betroffeneninfo ist

Aber - Zugang zu Wissen ohne Diskriminierung

Bsp. Stuttgart 21 → Verantwortung der Verwaltung auf die Einfachheit der Wortwahl im Erklären von Entscheidungsvorgängen (H. Geißler Bsp. in Stuttgart)

Augenhöhe fängt an mit einer gemeinsamen Sprache

Will das System den mündigen Bürger ?

Was ist der Gewinn von Machtteilung mir Verantw. ? Setzt Kooperationsbereitschaft voraus

→ Aus dem individuellen Denken ins gesellschaftliche Denken von allen.

→ Wie kann BB sogar die SVV entlasten ? Wie kann der Abgeordnete entlastet werden, vielleicht in dem BI Vorentscheidungen treffen, nähere Zusammenarbeit

Abwägungsprozess der Abgeordneten

→ Brauhausberg / Speicherstadt ==> Mitwirkungsrechte, wenn Mitwirkung mögl. ist , sinnvoll !

SELBSTERMÄCHTIGUNG

Mitwirkung

Ergebnis =

Kontinuität / Gemeinsam

AG 13 : Gesundheitsprävention im Alltag /

Kommunikationsstrukturen hinterfragen, Art und Weise des zwischenmenschlichen Informationsaustausches

Ergebnisse / Vorschläge / Empfehlungen / Vereinbarungen

Einberufer : B. Gerken Teilnehmer :

Meine Beobachtung : Je weiter die Kommunikationstechnologie sich entwickelt hat, umso mehr lässt die zwischenmenschliche Kommunikation zu wünschen übrig : sie blieb auf der Strecke und trägt krnkmachenden Charakter in sich.

Präventionsvorschlag : Zusammenarbeit mit Medienwerkstatt Potsdam, Frau Ute Parthum (u.a. " Medienkompetenz ") u. Thema: " Zwischenmenschliche Kommunikation " sowie Erwerb sogen. " Soft Skills " der Auszubildenden und Studierenden

AG 14 : Desinteresse des Magistrats (SV) an Waldstadt 1

Ergebnisse / Vorschläge / Empfehlungen / Vereinbarungen

Einberufer : ; Teilnehmer :

- > Vorschläge der Bürger hören -> Ansprechpartner gesucht
- > Zusammenarbeit mit Vereinen, BI hat abgenommen
- > wie findet man Keimzellen von Initiativen ?
- > Es fehlt ein Veranstaltungsraum !
- > Begriff <-> Identifikation von Gemeinsam - Waldstadt
- > wie motiviert man zu kulturellen, sportlichen Aktivitäten ?
- Information an Bürger über Prozesse / Beteiligung
 - Idee der Schaukästen wird realisiert
 - Ehrenamt stärken
- > Attraktivität erhöhen / erhalten -> von Veranstaltungen
- > Durchmischung von Wohnkiezen ==> Regionalplanung nach Bürgerinteressen
- > Druck auf Stadtverwaltung auch für Stadtrandgebiete aktiv zu sein, Interessen wahrnehmen
- > Bündnispartner finden (Breitband e.V., Bibere.V., Turbine ...)
- > PWG schafft Gemeinschaftsräume (oder nicht ?)

AG 15 : Einbeziehung von Nicht - Aktiven (14 : 30 Uhr)

Ergebnisse / Vorschläge / Empfehlungen / Vereinbarungen

Einberufer : D. Kolesnyk ; Teilnehmer :

Problem : Wie bezieht man alle durch schon vorhandene Beteiligungsinstrumente nicht Erreichten ein ?
-> kurzfristig geht gar nichts ? -> es muss also langfristige Ansätze geben ?

- > Wahlen von Stadtteilräten, Bürgerbefragungen etc. sind Makulatur, wenn sich nur 10 % beteiligen.
- > denn Ziel ist das Erreichen aller, um die Bedürfnisse, Ziele, Wünsche Probleme aller zu ergreifen.

Problem einer " nicht - Aktiven " Gesellschaft ist vor allem, dass nur über , aber nicht mit den Menschen geredet wird.

Nicht - Aktive gibt es vor allem da, wo es viele, wie auch immer geartete Probleme gibt, zu deren Lösung auch größere Teilhabe wichtig wäre.

- > Teufelskreis der Resignation
- > auf der anderen Seite, muss das Erbringen der eigenen Interessen " gelernt " werden -> so beteiligt sich z.B. eine 12 - jährige nicht automatisch

mögl. Weise zu viele Hindernisse sich einzubringen ? Zeit, Geld, Mobilität, Gewohnheit, Sprache, Ansprache

- Verantwortung geben (kleine Aufgaben)
- Menschen haben, die auf die " Gruppen " zugehen, in einfachen Gesprächen z.B. Fragen, wie man sich den Platz schöner vorstellen könnte
- Veranstaltungen im Stadtteil und alle einladen
 - > gucken, wer da ist
 - > Ansprache anders machen ?

- > Einladung muss sichtbar sein
 - > als Einlage in Zeitung ist zugänglich -> Werbung kommt so : wird automatisch wegge-

schmissen, → Haltestellen ?
 → gemeinsam mit Schulen und Sportvereinen ?
 → sofern vorhanden : Bürgerinitiativen
 Eltern über Kinder, Kinder über Eltern erreichen → Stadtteilschulen
 Für Beteiligung müssen allgemein kulturelle Angebote da sein.

AG 16 : Büro für Bürgerbeteiligung - Funktionsweise (15 : 00 - 16 : 30 Uhr)

Ergebnisse / Vorschläge / Empfehlungen / Vereinbarungen

Einberufer : M. Richter, D. Wetzel ; **Teilnehmer** : J. Jakobs, D. Zengerling, M. Kroop, Dr. U. Löbel, D. Jetschmanegg, S. Schulz, S. Altmann

- Eindrücke aus den vorangegangenen Gruppen wurden genannt

- alle wollen zentrale Anlaufstelle für Information
- Servicestelle, an die man sich wenden kann
- Kontaktmöglichkeiten zu Bürgerinitiativen
- Beirat für Büro soll gewählt werden, wie genau ist aber bisher fraglich
- soll das Büro im oder außerhalb des Rathauses sein ?
 → dezentral Ansprechpartner in Bürgerhäusern
 → Netz von Partnern (ehrenamtlich / teilfinanziert)
- Bürgerinitiativen sollen gestärkt werden als Ansprechpartner für Bürgerbüro

- Beispiel Verkehrstisch für gelungene Bürgerbeteiligung
- Aufbereitung von Informationen, mehr Transparenz
- Stadtteil - Lotsen → Ansprechpartner in Stadtteilen
- vertrauensvolle Kommunikation miteinander

AG 17 : Bürgerbeteiligungsgesellschaft an EWP

Ergebnisse / Vorschläge / Empfehlungen / Vereinbarungen

Einberufer : R. Wolff ; **Teilnehmer** :

- Modell der Bürgerbeteiligungsgesellschaft sollte denkbar für alle städt. Beteiligungen sein

→ Gemeinwohl	} Interesse	EWP - Gesellschaft	
→ Rendite	}		
		65 % Stadtwerke	35 % Eon edis
		(100 % Stadt)	

- Idee eines regelmäßigen Bürgerforums als offenes Forum der EWP

- Veröffentlichung von Preisgestaltung vs. Betriebsgeheimnis (Konkurrenz) → außer bei Monopolstellung

Eigentlich ist doch Eon edis selbst direkter Konkurrent

- andere Lösungen für Bürgerbeteiligung an städt. Unternehmen erarbeiten als über Anteile
- möglichst 100 % kommunales Eigentum ?
 (- Bürgerbeteiligung erzeugt Transparenz)
- Das was öffentlich gemacht werden kann, sollte gemacht werden - abhängig vom rechtlichen Rahmen
 → Handlungsspielraum muss klar abgesteckt werden

- Gewinne der städt. Unternehmen sollten komplett an Stadt gegeben werden, damit SVV darüber entscheiden kann - z.B. gerecht unter Vereinen etc. verteilen *

- * oder Kunden - Votum über Rechnungen
 - allerdings könnten dabei Minderheiten untergehen
- keine Interessenkonflikte in Aufsichtsräten
 - Anforderungsprofil für Aufsichtsräte ?
- Einrichten eines Kundenhaushaltes ähnlich Bürgerhaushalt
- muss alles praktikabel sein

**AG 18 : Rechtzeitige Bürgereinbeziehung /
Wie können Bürger zeitig in die Konzeption einbezogen werden ?**

Ergebnisse / Vorschläge / Empfehlungen / Vereinbarungen

Einberufer : H. Schink; **Teilnehmer** : 6

1. Leitbildentwicklung der Stadt
 - Zukunftsvisionen durch Bürgerbeteiligung
 - Entwicklung von Schwerpunktsetzung
 - Beauftragung einer Firma zur Einbeziehung der Bürger
 - Ableitung von Teilzielen durch Verwaltung, Identifizierung mit Stadt
2. Ziel formulieren durch Stadtverwaltung und kommunizieren !
3. Ideenphase : Betroffene Bürger, Interessierte Bürger, Sachkundige → Ergebnis offen
4. Konzeptentwicklung

• Konkretisierung der Ideen	}	geeignete Methoden, Verfahren und
• Bewertung dieser	}	Beteiligung von betroff. Bürgern
• Operationalisierung	}	interessierte Bürger
• Ziel setzen	}	Sachkundige
5. Umsetzungsphase Stadtverwaltung / Evaluation Prozess am Ort der Bestehende (??)

AG 19 : Formen der Bürgerbeteiligung

Ergebnisse / Vorschläge / Empfehlungen / Vereinbarungen

Einberufer : R. Roth ; **Teilnehmer** : 6

neben bisherigen Instrumenten d. Bürgerbet. :

- Büro für Bürgerbet
- regelmäßige Einwohnerversammlungen (z.B. 2 X jährlich)
- Stadtteilkonferenzen
- gemeinsame " Vor - Ort " - Einsätze (Subbotnik), Unterstützung durch Stadt
- Bürgerbefragungen regelmäßig, welche Themen sind wichtig
- erweiterte Wahlen,
 - Wahlmöglichkeit durch neue Themen, nicht nur nach Parteien
- Frage der Verbindlichkeit von z.B. Befragungen
- mehr Bürger sollen sich in der Kommunalpolitik engagieren
- Stadtteilinitiativen, Bsp. " Westkurve "

- Stadtteilräte erweitern auf alle Sozialräume,
Ausstattung mit mehr Kompetenz, evtl. Budget, Hinweis auf Internetseite
- Bürgerbeteilig muss kontinuierlich stattfinden, nicht nur vor Wahlen
- Stadtteilrat (siehe Grafik) :



STR = Stadtteilrat, SR = Sozialraum, StVV = Stadtverordnetenversammlung + Gremium
 Bürger Büro = Service, Koordination, Weichenstellung ==> ggf auch " auf Rädern "

AG 20 : Instrumente der Bürgerbeteiligung

Ergebnisse / Vorschläge / Empfehlungen / Vereinbarungen

Einberufer : T. Goede ; **Teilnehmer** :

Liquid Democracy = Weiterentwicklung repräsentativer Demokratie
 Wenn BürgerB. ernst genommen werden soll, müssen Möglichkeiten der Bet. geschaffen werden.
 Reale Treffen beste Mögl. für konstruktiven Meinungs austausch.
 Welche Methoden haben sich bewährt ? Was ist ausbaubar ?
 Bürger beteiligen sich mehr, wenn sie gegen etwas, weniger, wenn sie für etwas sind.
 Wenn Bürger Möglichkeit bekommt, wird er sich engagieren.
 Wie kann fördergerechte BB realisiert werden ? Ziele langfristig erarbeiten
 BB von oben nach unten oder andersrum ? Informationsfluss sehr wichtig

Prinzipien : Offene / Direkte - Persönliche / ProAktive Komm.
 Infrastruktur . (Hypothetisch) Raum der für Bürger erreichbar (erreichbar / unabhängige /) Legitim.
 Vertr. Ansprechbar
 Bürgerbeteiligung lokal begrenzt ?
 BB bei jedem Thema permanent. Frage der Legitimation

BB ist ein Prozess, der Zeit braucht
 Mehr BB auf positiven Mögl.
 Information und Feedback. Wie macht man BB " sexy " ?
 BB kann + darf Spaß machen
 Brauchen eine Infrastruktur bestehend aus Räumlichkeiten u. Personal (Ansprechpartner)
 Kombiniert mit denen die BB umsetzen wollen (Bürger / Ehrenamt)
 Tools für Kommun. in beide Richtungen

AG 21 : Wie weiter mit den Vorschlägen / Ergebnissen ? (16 : 30 Uhr)**Ergebnisse / Vorschläge / Empfehlungen / Vereinbarungen****Einberufer** :D. Wetzel ; **Teilnehmer** :

- Ergebnisse öffentlich machen (online, aber auch anders)
- weitere Ideen einbeziehen, aufbereiten + bündeln
- regelmäßige / kontinuierliche Gruppe
- Definition Rahmenbedingung für Konzept BüBe
- dauerhafter Prozess d. Weiterentwicklung, flexibel

Aufgabe für Gruppe :

1. Zusammenfassung der Ergebnisse vom 29.10.
2. Strukturierung + Sortierung
3. Ergebnisse ins Internet stellen zur Diskussion
4. Aufnahme der Diskussionsbeiträge + Handlungsempfehlungen für weitere Veranstaltung im Januar / Februar 2012
5. Veranstaltung, Vorstellung der Ergebnisse, sowie Diskussion

AG 22 : Wie miteinander reden**Ergebnisse / Vorschläge / Empfehlungen / Vereinbarungen****Einberufer** :D. Kirchner ; **Teilnehmer** : I. Baumstark, K. Bettin, C. Händel, A. Paul, E. Zengerling, U. Wittkopp**METAEBENE :**

- dem Thema dienlich diskutieren
- davon ausgehen, das alle Beteiligten das Bestmögliche wollen
- nicht mit Vorwurf
- ehrlich das Wichtige mitteilen (vollständig & rechtzeitig)
- Regeln der Gesprächskultur beachten (Rednerliste einhalten) (Ausreden lassen)
- verschiedene Intensionen eines Statements wahrnehmen
- Vertrauen schaffen, mutig Vertrauensvorschuss geben
- Einander anlächeln
- die heutigen, guten Erfahrungen von Gesprächskultur übertragen auf Initiativen (Multiplikatoren)
- Alle mit ihren Bedürfnissen wahrnehmen, ernst nehmen, anerkennen

AKTIONEN :

- in Schulen & Vereinen Gesprächskultur einführen
- Einführung der " Handsprache "

Feststellung: Es mangelt uns allen an guten Diskussionserfahrungen

Frage : Wie holt man Einzelne einzeln ab ?

AG 23 : Recht auf Stadt - Teil 2**Ergebnisse / Vorschläge / Empfehlungen / Vereinbarungen****Einberufer : ; Teilnehmer :**

z.B. Brauhausberg

öffentlicher Raum einerseits kollidiert mit Recht auf Wohnen ...

Wie kann Pdm. eine Recht - auf - Stadt - Perspektive entwickeln ?

Ist es möglich eine kooperative Struktur zu entwickeln ?

1. Bewusstsein schaffen, dass es z.B. ein Unding ist einen öffentl. Raum wie Bahnhof zu privatisieren.
o. Sterncenter → der Konsument ist erwünscht, doch nicht der Bürger

Übergeordnetes Jahresthema : Zukunft Potsdam

Zwecklose Plätze für Kinder schaffen

Aktionen für Zukunft Potsdam groß gedacht, um das Bewusstsein zu schaffen.

